

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



56. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. — Nur Postbezug. — Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 16. April 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsdifferenzial usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 44

Was dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Im Spiegel der Erscheinungen und Ereignisse (1. Fortsetzung).
Bereinigung von Schriftgießereien.

Zur außerordentlichen Generalversammlung: Notwendigkeit der völligen Übernahme des Lehrlingswesens in die Tarifgemeinschaft.
Ernährungswirtschaft: Um die Brotgetreide-„Rationen“ der Selbstverlörer.

Genossen: Graphischer Beistimm.

Korrespondenzen: Barmen. — Berlin. — Berlin (M.-S.). — Bochum. — Breslau. — Düsseldorf. — Essen. — Gillingen. — Frankfurt a. M. — Hannover. — Heidelberg. — Köln. — Kottbus. — Leipzig. — Mannheim. — München. — Plauen. — Stuttgart. — Ulm-Neu-Ulm. — Wiesbaden. — Würzburg. — Zeitz. — Zittau. — Zwickau.

Redaktion: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere- und Schwerarbeiter. — Nachahmungsverbot. — Gehilfenprüfungen. — Weisheitsprüfung. — Handbuch und Selbsteingeb. — Eingegangene Sendungen und Zeitschriften. — Einleitendes Bezugspreis um 200 Proz. — Gemeinwirtschaft oder freie Wirtschaft. — Keine reichsgewerbliche Regelung des Gehilfenrechts. — Die neue Schutzverförmung.

Im Spiegel der Erscheinungen und Ereignisse

Wir mußten in Nr. 32 gegen unsre Absicht früher mit diesen Betrachtungen beginnen. Es sollte erst kurz vor Wiederabnahme der parlamentarischer Verhandlungen, also gleich nach Ostern, an die Erörterung der wichtigsten öffentlichen Fragen herangeführt werden. Die organ Unzulänglichkeiten in dieser Zeit — auch hinsichtlich der von einem einzelnen zu bewältigenden Redaktionsarbeit — verzögerten die zweite Abhandlung über diese Termini hinaus, und waren aus dem ungeschickten Grunde, weil wegen der ungeschickten Redaktion der Artikel, die wir gestern in diesen großen Abhandlungen schreiben sollten, so bitten wir gleich hiermit um Absolution.

Die Redaktion:

Dah man in diesen Tagen der Aufwühlung der ganzen Welt und einer grenzenlos zu nennenden Verwirrung auch Gelegenheit zu aufrichtiger Freude haben kann, erscheint paradox. Wenn dazu aber der kleine Nachbar beiträgt, mit dem man nicht immer freundlich nebeneinander gewohnt hat, so ist das schon etwas wert. Der „Typograph“ vom 12. April trug so zur Aufhellung unsrer trüblichen Stimmung bei. Das Organ des Gutenbergbundes behandelt nämlich in seiner jüngsten Nummer die Wahlrechtsfrage in einem ersten Artikel. Es ist ein gutes Bekenntnis zur Notwendigkeit, Arbeiterpolitik in den Gewerkschaften zu treiben. Für uns eine Selbstverständlichkeit seit 56 Jahren, der in Nr. 50 v. J. einmal wieder ausführlichere Betonung wurde, und der mit den in den vier letzten Nummern von 1917 dann gebrauchten Artikeln unter gleicher Überschrift am erkennbarsten genügt wurde. Daß die ständige Behandlung dieses jetzt noch erweiterten Kreises von Spezialgelehrten zusammengekommen diesem Erfordernis auch in weitem Maße entspricht, dürfte wohl schon vielen untrer Leser bewußt geworden sein. Für den „Typograph“ jedoch will es ein großer Teil mehr heißen, was er nunmehr als Notwendigkeit vertritt. Diese Götterdämmerung hat eine Bedeutung, die über das Gewicht hinausgeht, das dem Gutenbergbunde billig zuguerkennen ist. Sehen wir also kurz, wie der neue Text im „Typograph“ lautet zu dem alten Frühlingssiede: „Nun muß sich alles wenden!“

Es wird auch bei andern Lesern des „Typ.“, die nicht dem Bunde angehören, Eindruck machen, vom Bundesorgan das Gefühl zu nehmen:

Wir haben uns früher bei der Erörterung solcher und bei der Stellungnahme zu solchen Fragen allzu sehr der Einwirkung des dem jeweiligen parteipolitischen Standpunkt entsprechenden politischen Einschlags überlassen.

Das ist eigentlich nichts andres als: wir sind früher zu sehr parteipolitischen Einwirkungen zugänglich gewesen. Der „Typ.“ will natürlich anders verstanden sein, und was er nachfolgend ausspricht:

Dem Begriffe der parteipolitischen Neutralität der Gewerkschaften wurde ein Umfang eingeräumt, der insbesondere in unsrer Gesamtbewegung erst nach und nach in den letzten Jahren vor dem Kriege die Besprechung und Behandlung sozial- und insbesondere

wirtschaftspolitischen Fragen erlaubte und allgemeiner werden ließ.

ist ein anzuerkennendes Eingeständnis, daß man auf christlich-gewerkschaftlicher Seite die gewerkschaftliche Neutralität nicht überbaupt hatte. Was abgeklärte Leute als unbedingtes Erfordernis auch für die Gewerkschaften betrachteten, wurde dort gleich als schwere Sünde gegen die geübte Abstinenz der wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen in politischen Dingen angesehen. Freilich der Staat ging mit solcher Kurzsichtigkeit durch sehr viele und in fast unheimlicher Konsequenz gegebene schlechte Beispiele voran. Darin brauchten aber die christlichen Gewerkschaften und mit ihm der Gutenbergbund noch kein Gebot zu erblicken, ebenso sehr die Begriffe „politisch“ und „parteipolitisch“ zu verwechseln. Unser Verband und sein Organ haben ja auch niemals ein Vorbild darin zu erblicken vermocht, wenn in bestimmten Gewerkschaften die wirtschaftlichen Angelegenheiten eine so bescheidene Rolle spielten, daß vor ihnen als dem Wichtigsten am wenigsten zu merken war.

Der „Typ.“ meint zwar, er müßte diesen Entwicklungsgang nicht in der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung missen. Was man in einer Hinsicht verstehen kann, denn ohne den herausgesteckten Popanz der „sozialdemokratischen Gewerkschaften“ und ohne die Methode, alles mit dem Etikett „sozialdemokratisch“ zu versehen, was nur besser verstandener Arbeiterpolitik entlockt — im „Typ.“ — läßt dafür trappernde Beispiele aus dem letzten Jahre und noch früher zu erblicken. — Hätten die christlichen Gewerkschaften sich nicht durchsetzen können. Nun sie sich konsolidiert haben, andererseits aber die öffentliche Meinung und die Behörden bis hinauf zum Reichskanzleramt die Scheuklappen vor der Sozialdemokratie, oder dem, was alles als sozialdemokratisch angesehen wurde, abgelegt haben, nimmt auch das Bundesorgan eine radikale Revision seiner Begriffe vor. Es klingt ganz gut, wenn im „Typ.“ jetzt zu lesen ist:

Das während des Krieges geschaffene und der Öffentlichkeit 1916 übergebene neue Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung weist eine Reihe solcher Fragen und Punkte auf, die früher als „politisch“ aus der Erörterung der gewerkschaftlichen Organisationen der Neutralität wegen verboten waren. Wir werden dieser Neuorientierung untrer Gedankengänge und Betrachtungsweise noch mehr Raum geben müssen.

Warum dann aber seit 1916 noch die nicht wenigen Extratouren des „Typ.“? Denn in andern christlichen Gewerkschaftsblättern und namentlich im „Sentrablat“ trat dieser Erfahrungsniedererschlag weit deutlicher in die Erscheinung.

Ins liegt nicht daran, alte Wunden aufzureißen, aber in dem Augenblicke, wo der „Typograph“ feierlich erklärt, nicht länger mehr an veralteten Terminologien zu hängen, ist es doch ein schmerzliches Nachgefühl, warum der so lange Jahre geführte Krieg wegen der gewerkschaftlichen Neutralität eigentlich sein mußte. Daß er nicht vom Verband und nicht seitens des „Korr.“ gesucht worden ist, dürfte viel klarer sein als die Schuldfrage an dem großen Weltungsschick. Was mußte an Kraft, Zeit und Papier — Hauptbeispiel die gegen den Verband gerichtete Broschüre „Demaskiert“ (1911) — vergeudet werden, bis es nun endlich zu dem Dammbruch kam und die höhere Vernunft sich ergiebt über die kleine Buchdruckerorganisation, die abseits der großen Meerstraße einherzieht! Die schlimmste Wirkung dieses Streites um des Kaisers Bart erzielte sich jedoch in dem Anknäuel, den der Bund damit auf Prinzipalsseite fand. Die Prinzipalität war darum zwar nur zum Teil Parteigänger des Gutenbergbundes, aber das Eigeninteresse verlangte ein kluges Ausweichen dieser ohne eignes Zutun eingetretenen günstigen Konjunktur, die sich auch von seltener Ausdauer erwies, da eben unser Nachbar das Gefühl für Abhängigkeit der Tatsachen viel zu lange lebte. Es gab sogar Zeitpunkte, wo man prinzipalsseitig vom Richterfußlohe solchermaßen falsch verstandener gewerkschaftlicher Neutralität herab über den Inhalt des „Korr.“ ein maßgebendes Urteil fällen wollte. Ein Nekrolog für

August Bebel sollte anständig passieren, aber freimüßige Behandlung der von dem Reichstag erwarteten Notwendigkeiten hätte man am liebsten verboten. Natürlich haben wir solchen Einsprüche energisch gewehrt, und es ging trotz der stankierenden drohenden Gebärden der traditionellen Begleiter. Auch diese Zeiten haben sich geändert, so gründlich sogar, daß jetzt der „Typograph“ über die Frage „Warum ein gleiches Wahlrecht?“ lehrhaft, sicherlich ohne daß nun eine Prinzipalskorporation sich als Senfurselle dagegen ins Zeug legt.

Aber nun, auch unter den Wirkungen des Krieges, soll ja alles anders sein bzw. werden. Jetzt sei die deutsche Arbeiterchaft gezwungen:

in viel höherem Maß als in den besegneten Friedensjahren alle politischen Pläne, Bestrebungen, Forderungen und Ziele auf ihren sozialen und materiellen Gehalt für den Arbeiterhand zu prüfen.

Diese vom „Typ.“ selbst durch Sperren hervorgehobenen Notwendigkeiten lassen wir vollständig gelten! Demzufolge werden auch wir dem in voriger Woche wiederholten Beistimmhandale der Ablehnung des gleichen Wahlrechts durch den Verfassungsausschuss des preussischen Landtags (wie der Wahlrechtsfrage im allgemeinen) die gebührende Brandmarkung zuteil werden lassen und den dafür verantwortlichen volksfeindlichen Parteien vom Arbeiterhandpunkt aus ihr schamloses Verlangen nach Verbeibehaltung der Ungleichheit im Staate gehörig anstreichen. Die am 16. April beginnenden neuen Verhandlungen des Reichstages werden große soziale Fragen zur Entscheidung bringen. Die Sozialpolitik steht jetzt unter Hochdruck, wofür insoweit die impotente Grundgebung in der Berliner „Philharmonie“ einen starken Beweis erbracht hat. Es wird vielen Nachdruck bedürfen, um nicht nur so, sondern ganz allgemein die Interessen der Arbeiterchaft denen der andern Stände gleichgewertet zu leben. Darüber wird eben noch manches zu sagen sein.

Zur außerordentlichen Generalversammlung

Notwendigkeit der völligen Übernahme des Lehrlingswesens in die Tarifgemeinschaft.

Die vom Kollegen Δ in Nr. 38 des „Korr.“ gegebene Anregung, die Einstellung und Ausbildung untrer Lehrlinge auch tariflich schärfer zu erfassen, wird bei sehr vielen Kollegen lebhafteste Zustimmung finden. Wer in einem Bau amtlich tätig ist, in dem Lehrlingsbücherei in hoher Blüte steht, muß oft lebhaft bedauern, daß unsre tariflichen Bestimmungen gerade in der Lehrlingsfrage so sehr verfallen. Es ist dringend notwendig, den § 13 des Tarifs Abs. 1 und 2 dahin auszubauen, daß die Prinzipale vor Einstellung eines Lehrlings unbedingt die Pflicht haben, denselben ordnungsgemäß prüfen zu lassen. Erst dann dürfte ein Lehrling in einer tariffreien Druckerei eingestellt werden, wenn er vor einer parteifreien Zusammengeleiteten Kommission, die vielleicht in jedem Schiedsgerichtsbezirk gebildet werden könnte, den Beweis erbracht hat, daß seine Schulkenntnisse und Gesundheit den Anforderungen des Buchdruckerberufs genügend entsprechen.

Was jetzt in dieser Hinsicht geändert wird, geht nicht auf die berühmte Kuhhaut. Bei vielen Prinzipalen ist nicht die Frage, ob der einzustellende Lehrling auch ein brauchbarer Geblüde werden kann, die Hauptsache, sondern die Sucht nach billigen Arbeitskräften ist ausschlaggebend.

Wenn schon in einer größeren tariffreien Druckerei den Gehilfen 10 Mk. Prämie für die Beschaffung von Lehrlingen geboten werden, obgleich die Skala voll ausgenutzt ist, dann kann man ermaßen, wie dieses Material nachher ausbleibt.

Sollen die Klagen über Minderleistungen der Gehilfen verstimmen, müssen die Prinzipale sich ihrer Verantwortung bewußt sein und tätig mit Hand anlegen, um den Nachwuchs im Gewerbe zu verbessern oder doch wenigstens auf einer gewissen Höhe zu erhalten. Dabei könnte die gedachte Kommission, die doch aus Männern des praktischen Lebens bestehen würde, auf die kritischen Verhältnisse gewisse Rücksichten nehmen, aber sehr überlegen

würde man sich es dann doch, ob man zur Einstellung von Laufburschen, Verärzten, Halbblößen usw. seine Genehmigung geben würde; auch die Prinzipale würden nicht dafür zu haben sein. Ich bin fest davon überzeugt, daß man sich in der Kommission über die Fähigkeiten des eingewilligten Lehrlings in den weitaus meisten Fällen einigen würde und Streitfälle, die dann allerdings das Scharfamt entscheiden müßte, sehr selten vorkommen würden. Aber nicht nur die Einstellung, sondern auch die weitere Ausbildung der Lehrlinge müßte die Kommission überwachen; wenigstens müßte sie das Recht haben, Beschwerden entgegen zu nehmen und weiter zu verfolgen. Es ist oft eine Schande, mit ansehen zu müssen, wozu der zukünftige Kunstfänger vor allem in kleinen Orten gebraucht wird. Solingänge, Zeltungsfragen, häusliche Verrichtungen usw. bilden namentlich in den ersten Lehrjahren die Hauptbeschäftigung. Dazu kommt, daß die erforderliche fachmännische Anleitung vielfach gänzlich fehlt; ein Absehan, der sich später schwer rächt. Auch mit der körperlichen und geistigen Behandlung des Lehrlings ist es oft traurig bestellt. Gewiß ist es hier die Pflicht der Eltern, zuerst einzugreifen, wer aber weiß, in welcher heimlichsvollen Dunkel unser Beruf für den Laien gebillt ist, wird hier nicht zuviel erwarten dürfen.

Wo wirklich Mißstände in der Lehrlingsausbildung vorhanden, muß die Gehilfenschaft die Möglichkeit haben, dieselben an geeigneter Stelle anbringen zu können. Dabei kann man durchaus auf dem Standpunkte stehen, daß Lehrlinge keine Herrenjähre sind; nur auf die fachmännische Ausbildung kommt es in der Hauptsache an. Hier wäre die vorgeschlagene Prüfung nach bestimmten Grundrissen nach Beendigung des zweiten und dritten Lehrjahrs ein erheblicher Fortschritt. Freilich müßte die Prüfungskommission dann auch das Recht haben, bei großen Verfehlungen tatkräftig eingreifen zu können. Die schon jetzt bestehenden Prüfungsausschüsse bei den Handwerkskammern sind vielfach ein recht wunder Dumms. Wenn schon bei den Prinzipalen nicht immer die technisch Besten auf diese Posten kommen, so sollte doch wenigstens von Gehilfen alles versucht werden, um hier den rechten Mann zu stellen. Neben technischem Können müßten die Kollegen auch den Mut haben, ihrem Urtheile die nötige Geltung zu verschaffen, selbst auf die Gefahr hin, daß öfter einmal ein Lehrling die Prüfung nicht besteht.

Wenn diese Forderungen dazu beitragen, die Frage zu klären, ob auch nicht im tariflichen Sinn etwas für die Lehrlinge getan werden kann, wäre ihr Zweck erreicht. Notwendig ist es, hier etwas zu unternehmen, und wo bei uns bisher der Wille war, gab es auch einen Weg. G. R.

Kerrlinger & Schmidt verkauft wurde. Nachdem Kerrlinger ausgeschieden, führte Gustav Schmidt das Geschäft allein weiter, bis es 1886 in Konkurs geriet. Aus diesem ist es von Karl Jürg und Wilhelm Constabel erworben; ersterer schied 1888 aus, letzterer verkaufte die Gießerei 1894 an Albert Reimann, der sie 1895 noch durch eine Messinglinienfabrik ergänzte. Im Februar 1918 ist das Geschäft dann „infolge der Schwierigkeiten der Kriegswirtschaft“ der Firma H. Berthold A.-G. angegliedert.

Die Schriftgießerei H. A. Brochhaus in Leipzig ist 1794 von Ernst Wilhelm Gottlieb Kircher in Goslar gegründet, sie wurde 1799 an Julius Erich Walbaum verkauft, der sie 1803 nach Weimar verlegte. Walbaum war ursprünglich Konditor, ward dann Formstecher und Schrift- und gob Denkmälzer. Dabei kam er auf den Stempelschnitt und machte auch Matrizen und Instrumente für Schriftgießer. Mit seinem Sohne Theodor, einem sehr geschickten Stempelschneider, schiffte Walbaum u. a. die zu ihrer Zeit allgemein beliebten und weitverbreiteten, noch jetzt viel gebrauchten Walbaum'schen Frakturchriften, 1828 übergab Walbaum das Geschäft seinem Sohn; er mußte es jedoch bald wieder übernehmen, da der Sohn schon 1830 starb. Walbaum verkaufte die Gießerei 1836 an die Firma H. A. Brochhaus, die sie 1843 nach Leipzig verlegte und hier so ausbaute, daß sie zeitweise zu den bedeutendsten deutschen Gießereien gehörte. Am 31. Januar 1887 ist Walbaum gestorben.

In der Firma H. Berthold A.-G. ist bereits eine ganze Reihe von Schriftgießereien vereinigt. Die Firma ist 1858 von Hermann Berthold als Institut für Galvanoskopie gegründet, seit 1865 nannte sie sich „Messinglinienfabrik und mechanische Werkstatt“, seit 1896 ist sie Aktiengesellschaft. Den Stamm der Schriftgießerei der Firma bildete 1893 von Gustav Reinhold erworbene Gießerei, die aus der Leipziger Gießerei Emil Berger hervorgegangen ist (1841 von Otto Ernst gegründet, 1849 mit der Gießerei Ferdinand Röhl vereinigt, 1865 wurde Emil Berger Inhaber, dann eine Zeitsung im Besitze von Robert Bauhal und 1890 von Gustav Reinhold übernommen). 1897 ist die Schriftgießerei Bauer & Co. in Stuttgart (1880 von Friedrich Wilhelm Bauer und Karl Rupprecht gegründet), 1900 die Schriftgießerei Roh & Co. in St. Petersburg, 1905 die Schriftgießerei J. S. Ruff & Co. in Wien, 1908 die Schriftgießerei Ferdinand Theinhardt (1849 gegründet), 1912 die Petersburger Filiale der Schriftgießerei Glinski, 1917 die Schriftgießerei Otto Tsch (1872 gegründet) und die Schriftgießerei Emil Gursch (1858 von Heinrich Ehler gegründet, 1867 Emil Gursch & Co., seit 1871 Emil Gursch), und 1918 sind nun noch die Gießereien von A. Reimann und G. Berthold hinzugekommen. F. B.

Wer da weiß, wie es während der Zeit bitterster Not für die höchsten Verbraucher von einem großen Teile der Landwirte gemacht worden ist, wird dieses Gemerke recht überflüssig, wenn nicht gar als eine Heuchelei empfinden. Die Verheimlichung von großen Getreidevorräten wird bewiesen durch die massenhafte Verfüterung infolge Futtermittelknappheit, weshalb die Viehhaltung mehr den vorhandenen Futtermitteln angepasst werden mußte und die Schweinemästung, außer für den Heeresbedarf, besser ganz aufgehoben worden wäre, da das Fleisch doch nur in die eigenen Vorratskammern und derjenigen der Begüterten wanderte.

Der heimlichen Getreidehandel im großen kennzeichnen zur Genüge die unzähligen und umfangreichen Mehlschieberprozesse im ganzen Reiche, wenn auch nur zu häufig bereits erlähnte Ware vertrieben wurde. In Dessau wurden erst vor einigen Tagen gegen Mehlschieber insgesamt 117.000 Mk. Geldstrafen ausgemessen. Bäckermeister, Reisende, Kaufleute und Müller teilen sich in die Summe. Auch die offiziellen Einkäufer der Köln-Rostweller Pulverfabriken und ihre Helfer wurden wegen Höchstpreisüberschreitung zu insgesamt 3000 Mk. Geldstrafe und 15 Monaten, 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Sie hatten 40 Sack Mehl zu 47.000 Mk. gekauft. Nur auf geschwindigen Verkauf im kleinen und Verbrauch für eignen Bedarf läßt der schwunghafte Handel mit Schrotmühlen und Sichtapparaten sowie die massenhafte Schließung von Mühlen noch im vorigen Jahre schließen, in denen Getreide ohne Mehlkarte von Landwirten bei unverhoffter Resolution vorgefunden wurde. Da aber die Schließung der Mühlen auch unschuldige Landwirte trifft, wird jetzt davon abgesehen. Die Müller erhalten hohe Strafen und den Landwirten wird die Selbstversorgung entzogen. Aber zu glauben, daß der Landwirt, gleich dem Städter, den Hungerriemen enger schnallen müßte, wäre töricht. Durch die Glacéhandelspolitik gegenüber den Landwirten kann man auch jetzt noch kein Schächeln ins Trockne bringen und die selbst zu verfeinenden Handschrotmühlen (auch mit elektrischem Antrieb) vervollständigen den Durchbruch der Beschränkung. Auch wird das Getreide gekocht, durch den Fleischwolf geschickt und dann mit dem zugewiesenen Mehle verbacken, was ein ausgezeichnetes Brot ohne Entwertung durch Streckmittel usw. ergibt.

Der in Krasshüben vor den Orographarierern machende Galwer darf natürlich nicht fehlen. Er nimmt sich seiner Schicksale an und orakelt — wahrscheinlich in Kenntnis seiner Pappenheimer —, daß „die verfehlten Maßnahmen auch nicht entfernt diejenigen Mengen bringen, die erwartet werden. Nur eine allgemeine Serabhebung der Brotkrone könnte helfen“; „ganz sicher“ aber „die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung und die Einführung des freien Handels“. Wahrscheinlich hat Galwer Kissen und Kasten voll und weis nicht, wie es der breiten Masse des Volkes geht, oder er sagt für entsprechende Anerkennung etwas, was er selbst nicht veranworten kann. Das bedeutend größere Getreidevorräte vorhanden sind, als amtlich festgestellt ist, das wird ihm jeder gern glauben; nicht aber, daß sie nicht durch Zwangsmassnahmen zu erfassen wären, wenn die geschaffenen Geleise auch wirklich streng durchgeführt würden, ohne daß „hinter jedem ein Schützmann“ steht. Wie falsch seine Forderungen und Begründungen sind, ist schon öfter an Hand der enorm gestiegenen Preise für Waren ohne Höchstpreise bewiesen worden. Für heute soll nur an die Bewahrung mit den

Bereinigung von Schriftgießereien

Infolge der in der letzten Zeit mehrfach stattgefundenen Fusionen dürften einige Mitteilungen über die Schriftgießereien allgemein interessieren.

Die im Februar d. J. an die Firma H. Berthold A.-G. übergegangene Schriftgießerei A. Reimann in Berlin war ursprünglich die im April 1874 gegründete Schriftgießerei der Produktivgenossenschaft Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, die im Oktober 1875 bereits mit 22 Gehilfen arbeitete, aber im September 1880 für 30.000 Mk. an

Ernährungswirtschaft

Am die Brotgetreide-Rationen der Selbstversorger.

Durch Bundesratsverordnung ist nun allgemein die Brotgetreidemenge der Selbstversorger um 2 kg (auf 6¹/₂ pro Monat und Kopf) vorübergehend herabgesetzt. Darüber grobe „Entfristung“ im landwirtschaftlichen Vätermalde, im bayerischen Reichsrat und andern Körperschaften, in denen Agrarierinteressen vertreten werden. Auch der bayerische Minister v. Brecht hat die Maßnahmen für geeignet, starke Erörterung auf dem Lande hervorgerufen.

Graphischer Weltkriegsfilm

I.

Angehener verfeuert Lebensbedingungen, ungenügende Ernährung, ungeheuerliche Steuern und frühe Ausblicke für die Zukunft des Gewerbes sind die traurigen Begleiterscheinungen des graulichen Massenmordes. Die meisten Angehörigen des sonst so fröhlichen Buchdruckervolkes hat deshalb eine dumpfe, niedergeschlagene Stimmung erfasst, die selbst durch Gustav Adolfs Lied: „Vergaze nicht, du Säuflein klein!“ kaum gehoben werden kann.

Da berührt es einen aufmerksamen Beobachter der Zeit- und Weltverhältnisse wenigstens etwas angenehm, wenn das düstere Grau des Daseins durch einige Lichtschimmer erhellt wird. Als solche kann man den festen Zusammenschluß der Dabeingebliebenen, die Unterstützung der Kriegerfamilien, das rege Interesse der Eingezogenen für Fach- und Standesfragen und das Vorwärtstreben der Jugend betrachten. Die gute Konjunktur, welche zur Zeit auf dem Arbeitsmarkte herrscht, hat sicher schon manchen Berufsgenossen erfreut, der sonst monatelang arbeitslos war.

Besonders auffallen sind dem Schreiber dieser Zeilen die mit der Dauer des Krieges sich mehrenden sogenannten Heiratsmaritalinterate, die man jetzt auch in der Fachpresse antrifft, während sie sonst nur in Generalanzeigen und ähnlichen Blättern aufzufinden waren. Nicht nur heiratslustige, unternehmungsfreudige, mit allen Sinnen des Gewerbes verpaarte, „vollständig vom Militärdienste befreite“ Buchdruckereliten älterer und jüngerer Jahrgänge luchen „auf diesem Wege“ passende Partien. Auch Buchdruckereliten und deren Witwen und Töchter halten „Umschau“ nach ledigen Berufsgenossen, welchen bei Zulassung strengster Disziplin „passende Gelegenheit zur Einheirat“ geboten wird. Für griessgrünliche Junggesellen und veränderte Hageholze ist jetzt der beste Augenblick, unter den Pantoffel zu kommen. Und da der Vater Staat in der Ferne mit einer Bedingensener droht, so wäre es für manchen „freien Mann“ die allerhöchste Zeit, den „Anschluß“ nicht zu veräumen. Zumal die Auswahl jetzt so groß ist und man nicht — wie der blühliche Jakob aus seine Beobachtung — gleich vorerst 14 lange Jahre dienen

muß. Das aber auch hier Vorrecht geboten ist, beweisen auch Begebenheiten, die hier zu Fuß und Frommen aller graphischen Alt- und Junggelesen erzählt werden sollen.

Im ersten Falle handelte es sich um einen eingestellten, verbliebenen Junggesellen, der seit dem Tage seines junft- und handwerksgemäßen Gausnehmens eine geheime Scheu und Abneigung vor den drei ominösen W (Wein, Weib, Wasser) empfand. Sein oft und gern wiederholter Lebensgrundsatz lautete: „Buchdrucker sind schlechte Ehemänner. Sie sind an die Freiheit und an das Wandern gewöhnt und taugen nicht zum Weibeknecht und Kettenhund“. . . . Der durch den Weltkrieg verursachte Umwälzung vieler Vorurteile und Aberglaubens machte jedoch auch aus diesem Saulus einen Paulus. Trotz seines übergrauen, langwallenden Gütenbergbartes und mehulaleimlichen Alters begab er sich unvergagt auf die Suche nach einer passenden Lebensgefährtin. Und fand eine solche in einer wohlbeleibten und wohlbestallten Buchdruckerelitenwitwe. Die er ohne großes Um und Auf schnellst betratete, eingedenk des uralten Wahlspruchs: „Frei gewagt — ist halb gewonnen!“ Seine Berechnung war gerade nicht von Pappe: Erstens war er von nun an „eigener Herr“ und schaffte nicht mehr für fremde Leute, zweitens hatte er endlich nicht nur eine „dauernde“, sondern sogar eine „Lebensstellung“ errungen. Wenn die Sache doch noch schief ging, so waren daran die Umstände, nicht etwa die schlaue Kalkulation schuld. Die holde Gefährtin war unglücklicherweise ganz und kreisförmig, dabei neben der überblühenden Druckerin sechs halbblühliche, hoffnungsvolle Sprößlinge und ein — Mundwerk, um welches sie selbst ein Rooselvel benedeln konnte. Wie sich das eheliche Zusammenleben danach gestaltete, braucht man nicht noch besonders zu schildern. Letztere ist, daß der arme Ehegatte vollständig unter den Pantoffel geriet, ein „Weibeknecht und Kettenhund“ im wahren Sinne wurde und nicht nur seine Hoffnungen, sondern auch die Freiheit zu Grabe fragen mußte. . . .

Im zweiten Falle war es ein jüngerer Kunstgenosse, der nach Beendigung seiner Lehrzeit in die glückliche Lage kam, einen — wenn auch nicht großen — Betrag in der letzten Zeit so notwendigen „Monaten“ zu erben. Als in militärischer Verwendungsmöglichkeit „dauernd Anfanglicher“ hatte er auch noch günstige Gelegenheiten, die

„Machinenscheerei“ zu erlernen. Und als in einem Fachblatt ein von Arbeitern und Papiermangel geplagter Provinzzeitungsverleger für seine einzige Tochter einen tüchtigen Fachmann (mit „Stimme“ selbstverständlich) als Teilhaber — bei nachheriger Auslösung auf „Einheirat“ — suchte, griff er mit beiden Händen zu. Das Geschäft war allerdings arg verfallend und ziemlich heruntergekommen, was durch die langjährige Krankheit des Vaters und zukünftigen Schwiegervaters verursacht worden war. Es bedurfte tüchtigen Fleißes und unermüdlicher Arbeit, um es wieder in die Höhe zu bringen. Da aber das holde Töchterlein klug, weise und schon etwas angejährt war (sie zählte an die Dreißig), so verstand sie den jungen Graphiker geziemend zu behandeln. Sie war im Geschäft mit tätig; sah überall Hand an, und das Zusammenarbeiten zwischen den zwei zukünftigen Eheleuten gestaltete sich ganz harmonisch. Um der Sache den nötigen Schwung zu verleihen, wurde als Dritter im Bunde ein „eherner Kollege“ eingeführt, an welchem dann der ansehende Schwiegerohn im Schmelze des Angesichts „pinnen“ und nicht nur das Lokalblätchen, sondern auch verschiedene Werke herstellen durfte. Wobei ihm öfters die „zukünftige“ affizierte, sich alles zeigen und erklären ließ, selbst mischte und sich mit der Zeit ganz gut einarbeitete. Die Sache klappte also, und es wäre vielleicht zu einer glücklichen Buchdruckereliten gekommen, wenn der machinenscheernde Kunstfänger nicht — gestorben wäre. Die Tätigkeit an „ehernen Kollegen“ hatte seinen zarten Körper zu sehr angegriffen, so daß er schließlich die Mächtige wegen andauernder Gesundheitsstörungen ganz meiden mußte. Eine tüchtige Krankheit war ihn auf das Krankenlager und eines Tages hauchte er seine hoffnungsvolle Seele im Schoße seiner geliebten Schülerin aus. . . . Letztere soll sich darob nicht die Haare ausgerauft haben, sondern führt das Geschäft und die „Redaktion“ des Lokalblätchens gemeinsam mit ihrem Vater weiter. Redigiert, leht, druckt und ist emsig auf der Suche nach einem gründlich erfahrenen, fleißigen und arbeitsamen Coemann „kräftiger Natur und mit angenehmen Mähern“ . . .

Was wiederum beweißt, daß wir Buchdrucker — Altwie Junggelesen — auf der Hut sein müssen, weil sonst die holden Erfährtinnen unser Gewerbe auf den Hund und uns selbst unter Umständen ins Grab bringen können.

Kümmelkörnern erinnert sein, die von 15 auf 2000 Mk. für den Sack gestiegen sind.

Wenn wirklich die Lage der Landwirte so gedrückt ist, brauchte man nur die Aufhebung der Selbstversorgung aufzugeben, wie sie im Dezember vorigen Jahres von der Antischaupfänderschaft in E. auf Grund der Anfrage mehrerer landwirtschaftlicher Vereine — weiße Raben unter den schwarzen — angeregt wurde. Der Landeslandwirtschaftliche Rat hat sich dem Ministerium entgegengelehrt; es wäre eine Späße gegen die Landwirtschaft. Das der größte Teil dagegen ist, ist angesichts der traurigen Zustände erklärlich.

So wie mit Brotgetreide ist es auch mit allen andern Lebensmitteln. Die Zustände im Staate Waldows sind und bleiben im großen Ganzen für die kleinen Verbraucher frohlos, solange nicht wirklich restlos erlöst wird. Ungelöst ist der Strafrecht für höher ausgelegter Strafen wurden schließlich auch die anfänglich erlöhnten oder vor dem Gesetze Respekt habenden Elemente in den Strudel der Sabotage mitgerissen. Was will es besagen, wenn schließlich doch einige Tempel statuiert wurden und in letzter Zeit die Bestrafungen häufiger werden? Das anfängliche fast ausschließliche Passieren der Gesetzbücher bei Erstellung und Verteilung wird nie wieder gut gemacht werden können. Die restlose Erfassung ließ sich sehr gut an Hand der Größe des Bestandes oder der Anbaufläche aufs genaueste durchführen; nur größte Strenge war notwendig und ist es heute noch. Statt dessen begibt man sich durch das Übertragen der Erstellung vorwiegend an die Landwirte selbst in noch größere Abhängigkeit. Und so werden wir es erleben müssen, daß es nach den vier Jahren bitterer Lehre noch nicht besser wird. —s.

□□□□ Korrespondenzen □□□□

W. F. Barmen. Die außerordentliche Bezirksversammlung am 7. April hatte sich guten Besuchs zu erfreuen: Barmen 33, Gevelsberg 3, Reinsfeld 11, Schwelm 9 und Sprockhövel 1 Kollege. Der Vorsitzende begrüßte insbesondere den anwesenden Gauvorsitzenden Albrecht, ferner einen aus russischer Gefangenschaft zurückgekehrten Kollegen. Nach den Vereinsmitteilungen und Aufnahme eines neuangeworbenen Kollegen nahm Kollege Albrecht das Wort zu seinem Vortrag: „Aus der Zeit — für die Zeit“. Dem Referenten wurde wohlworbender Beifall zu teil. Zum Punkt: „Anträge zur Generalversammlung“, wurden von verschiedenen Seiten Wünsche vorgebracht, die dem Vorstand übermitteln bzw. der Generalversammlung als Richtschnur dienen sollen. Als Kandidaten für die Generalversammlung wurden die Kollegen Kunz (Barmen) und Albrecht (Köln) aufgestellt. Zum Punkte „Verschiedenes“ sprachen noch einige Kollegen.

Berlin. „Generalversammlung am 3. April.“ In der gutbesuchten Versammlung waren außer den Delegierten auch die Vertrauensleute und Druckereibesitzer erschienen. Kollege Massini gab den Vierjahresbericht. In großen Zügen ließ er die wichtigsten Vorkommnisse des abgelaufenen Vierjahres Revue passieren: Geschäftslage, Entlohnung, Papiermangel usw. Zu dem Berichte der letzten Vertrauensmännerversammlung („Korr.“ Nr. 26) über das Referat Massinis: „Der Berliner Schließungsausschuss nach einjähriger Besetzung“, hat dieser vom Tarifamt eine Berichtigung erhalten, von welcher er der Versammlung Kenntnis gab. Das Tarifamt teilt in dieser Berichtigung mit, daß nicht die Berliner Buchdruckereibesitzer monatelang gedrückt haben, um eine Spruchkammer zustande zu bringen, sondern das Tarifamt habe sich wiederholt an das Kriegsamt gewandt, um eine Spruchkammer für das graphische Gewerbe zu ermöglichen. Dem sei seitens des Kriegsamts am 17. März 1917 zugestimmt worden. Häufig das Tarifamt sich mit der Leitung der Berliner Gehilfenschaft über diese doch rein örtliche Angelegenheit in Verbindung gesetzt, so wäre dieser Irrtum nicht vorgekommen. Im übrigen seien die Spruchkammern (Unterschiedliche) für alle Gewerbe in Berlin seitens des Kriegsministeriums der Metallindustrie bereits am 15. Februar 1917 beschlossen worden. Einer eingehenden Kritik unterzog Kollege Massini sodann das kürzlich veröffentlichte Urteil des Tarifamts über den Ende Januar stattgehabten politischen Demonstrationstreik. Dieses Urteil wäre nur mit der Stimme des Juristen und des Guttenbergbündlers gefaßt worden. Wenn es am Schluß des Urteils heißt, daß von der „Forderung einer Kontraktstrafe abzulehnen“ sei, so hat dies doch sechs Firmen (Büxensien, Eisner, Sittenfeld, Aehlem, Weber und Dr. Sells) nicht gehindert, den Antrag auf Zahlung zu stellen. Warum sollten die Prinzipale nicht auch dieses versuchen? Aber wie alles, so habe die Gemütslichkeit der Buchdrucker einmal ein Ende. Der Vorstandsvorsitzende werde bestenfalls bei der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins erreichen, daß diese Angelegenheit in einer Weise aus der Welt geschafft wird, die die Erregung in Kollegenkreisen wieder verschwinden macht. Kollege Faber gab ausführlich den Standpunkt der Gehilfenschaft des Tarifamts und des Vorstandsvorsitzenden zu dieser Frage bekannt und wies darauf hin, daß, wenn die Prinzipalität keine andere Stellung einnähme, dem Organisationsvertrage damit das Grab gegraben wäre. Im eigenen Interesse wäre die Organisation gezwungen, bei einem Mißbrauche des Vertrags diesen keine Stunde länger zu erhalten, wie sie daran gebunden sei. Alsdann erfolgte die Beratung der Anträge zur Generalversammlung in Würzburg. In sieben Bezirksversammlungen habe die Gehilfenschaft schon in der Woche vor Ostern zu diesen Anträgen Stellung genommen. Nach langer, sachlicher Debatte wurden

folgende vom Gauvorsitzende gestellten Anträge angenommen: Revision des Tarifs, Stellungnahme zu den Bestimmungen des Organisationsvertrages, Aussprache über Übergangs- und Friedensvertrag im Gewerbe. Weiter fand ein Antrag Annahme, nach welchem die Gehilfenschaft des Tarifamts berechtigt sein sollen, an den Generalversammlungen sowie an den Gauvorsitzenden Konferenzen mit beratender Stimme teilzunehmen. Hierauf wurden 19 Kandidaten für die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung aufgestellt.

R. St. Berlin. (Brandenburgischer Maschinenlehreverein.) Nachdem in der Quartalsversammlung am 7. April der Kassenbericht bekanntgegeben und genehmigt wurde, erboten die Kollegen in der üblichen Weise das Andenken eines gefallenen Kollegen und nahmen mit besonderer Freude die vielen Grüße aus dem Feld entgegen. Unter „Vereinsmitteilungen“, die wieder einen breiten Raum einnahmen, besprach Kollege Braun die Konjunktur in den Berliner Druckereien und behandelte eingehend die Ferienfrage sowie die Lage der Arbeitskräfte in unserm Beruf. Auch die „Zeitschriftenfrage“ bot viel Interessantes. In der anschließenden Diskussion wurde scharfster Protest laut — und die Versammlung schloß sich diesem an — gegen die Schreibweise des „Korr.“ in Nr. 39 in dem Artikel „Wegweiser usw.“. Wenn unser Verein sich auch nicht getroffen fühlen kann, so geben die auf die Sparten gemünzten Seiten doch zu allerhand Schläffen Veranlassung. Zur Aufnahme hatten sich fünf Kollegen gemeldet. Nächste Versammlung am 5. Mai.

Anmerkung der Redaktion: Das in dem angezogenen Artikel auf der zweiten Seite in der mittleren Spalte in vierzehn Zeilen besagte rechtsig solche Aufgehörte ist absolut nicht. In konstanter Form haben wir gegenüber gewissen Beobachtungen in Versammlungsberichten darum eruchtet, die Kompetenz zwischen Mitgliedschaftsversammlung und Spartenversammlung genauer zu beachten und dabei auf die betreffenden Verhandlungen in Köln und Danzig verwiesen, die auch darüber belehren. Nicht mit einem Wort ist bei diesem Hinweise, zu dem wir uns ebenso berechtigt halten, als wenn zu Mitgliedschaftsberichten eine Verweisung auf andere Generalversammlungsbeschlüsse und Verhandlungen erfolgen müßte, von einer bestimmten Absicht gesprochen worden. Die Berliner Maschinenlehreversammlung scheidet sich — mit Recht — nicht getroffen durch das von uns Gesagte, kommt aber zu „allerhand Schläffen“, d. h. kombiniert in Ermangelung eines Anhaltspunktes, und pricht uns in durchaus ansehnlicher Prosa der Unvollständigkeit der Sparten „scharfsten Protest“ aus. Wir weisen ihn jedoch wegen Inkompetenz der Profestler als auch in der Sache entschieden zurück.

n. Bodum. Die außerordentliche Bezirksversammlung am 7. April in Wanne war gut besucht. Zweier gefallener Kollegen gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten. Mit dem 1. April beträgt der Lokalzuschlag für Bodum 15 Proz., für Recklinghausen 12 Proz. und für Herne 10 Proz. Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildeten die Anträge zur Generalversammlung. Es lagen drei Anträge des Bezirksvorstandes vor. Der erste, welcher eine Erhöhung des Beitrags um 20 Pf. vorsieht, um Kürzungen der Unterstützungsätze zu vermeiden, wurde abgelehnt, dafür ein Antrag aus der Versammlung, Erhöhung sämtlicher Unterstützungsätze in allen Stufen, ohne Beitragserhöhung, angenommen. „Beitrag“ wurde, daß bei dem krassen Mißverhältnis zwischen Lohn und Steuerung die Mitgliedsbeiträge eine Beitragserhöhung nicht fragen könnten. Die Rückvergütung an die Gauen von 5 auf 8 Proz. zu erhöhen, wurde angenommen. Antrag 3: „Sorge zu tragen, daß die Löhne den tatsächlichen Verhältnissen weit mehr entsprechen“, wurde auch angenommen. Als Kandidat für die Generalversammlung wurde Kollege Friedemann aufgestellt.

Breslau. Nach Erörung zweier gefallener Kollegen wurden in der Bezirksversammlung am 7. April 19 abgeleitete Kollegen unfern Reihen zugeführt. Nach einem kurzen Referat des Gauvorsitzers Fiedler über die Aufgaben der Generalversammlung wurden einige vom Ortsvorstand ausgearbeitete Anträge und Wünsche eingehend besprochen und gutgeheißen. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden die Kollegen Fiedler (Breslau) und Scholz (Gegnitz) als Vertreter, Kirch (Kattowitz) und Müller (Wesche) als Stellvertreter aufgestellt. Zum Schluß widmete unser Vorsitzender Kärfel dem zweiten Vorsitzenden Schilling anlässlich seines 40jährigen Jubiläums anerkennde Worte für die feste Bereitschaft, seine Kräfte in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen, sowohl in Breslau als auch vor seinem hiesigen Aufenthalt als Vorsitzender in Oppeln.

L. Düsseldorf. In unserer Versammlung am 6. April mußte wiederum das Andenken eines gefallenen Kollegen geäußert werden. Ein Teil der jungen Garde wurde schon bei der Aufnahme dem Gauvorsitzenden empfohlen, der Rest hat seine Aufnahmefähigkeit bereits ausgefüllt. Mit dem 1. April erhöhte sich der Lokalzuschlag und brachte einem großen Teile der Kollegen Aufbesserungen von 1 bis 6 Mk. In Neuz erhielten sämtliche Kollegen Aufbesserungen von 1 bis 2 Mk. Zur Generalversammlung wurden sechs Anträge gestellt (vier kassen- und verwaltungstechnische und zwei auf den Tarif bezughabende). Als Vertreter zur Generalversammlung wurden die Kollegen Emil Albrecht (Köln) und Heinrich Schippers aufgestellt. Die Versammlung war gut besucht.

(Weitere Korrespondenzen in der Beilage.)

□□□□ Rundschau □□□□

Von Buchdruckern im Kreise. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Th. Duschek (Kassel) als einundsechzigtes das Eiserne Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Hermann Koch (Braunschweig), Hermann Donner (Delitzsch), Franz Marx (Freiburg i. Br.), Richard Schulse (Wiesbaden i. Br.), Gustav Streit

(Kannau i. Schl.), Karl Büse und Will Nagel (Kassel), Heinrich Kneil (Mannheim), Clemens Schulte (Münster i. W.), Ernst Reichert (Magold) sowie Peter Zöllner (Regensburg). 5449 Verbandskollegen haben somit das Eiserne Kreuz erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. In Kattowitz durch eine von den Prinzipalen unterkürzte Eingabe die Anerkennung der Gehilfen und Lehrlinge als Schwer- und die der Hilfskräfte als Schwerarbeiter erreicht worden.

Nachahmungsverles Beispiel. Die Westfälische Vereinsdruckerei in Münster, die im vorigen Herbst ihrem Personal namhafte Beiträge zur Einkühlung zukommen ließ, hat erneut ihr Verständnis für die mißliche Lage der Arbeiter dadurch bekundet, daß sie ihrem Personal jetzt wieder eine einmalige Zuwendung in Beträgen von 30 bis 100 Mk. zukommen ließ.

Gehilfenprüfungen. In Leipzig unterzogen sich 39 Seher, 34 Drucker (9 von auswärts) und 4 Galvanoplastiker der Prüfung. Die praktischen Arbeiten bestanden im Satz aus Titel, Werkzeuge und Geschäftskarte, im Druck aus Werkform, Illustration und einer Akzidenzarbeit. Die schriftliche Prüfung bestand in der Beschreibung der praktischen Arbeit und in einem Aufsatz über Buchführung. Die Seher erfüllten hierbei ihre Aufgabe am besten. An Jururen wurden verteilt: „Sehr gut“ 5, „Gut“ 60, „Befriedigend“ 12. Das Leipziger Ergebnis kann sich also leben lassen. — Aus dem Handwerkskammerbezirk Halle a. d. S. waren zur Prüfung erschienen: 14 aus Halle, 2 aus Scheideff, 2 aus Könnern und 2 aus Grödenhainichen. Es wird extra betont, daß einige Auslernende sich der Prüfung nicht unterzogen. Da es gebräuchlich ist, die Lehrlinge dazu anzuführen, so wäre zu unterfragen, wieso die Auslernenden nicht vollständig zur Gehilfenprüfung erschienen waren. „Sehr gut“ erhielten 2, „Gut“ 6, „Genügend bis Gut“ 8, „Genügend“ 4. — In Delitzsch bestanden von den Ausgelernten (4 aus Delitzsch, 3 aus Gienburg, 2 aus Bitterfeld, 1 aus Grödenhainichen) die meisten mit „Gut“, nur einer mit „Genügend“.

Meisterprüfung. Der Seher Karl Guntzer und der Drucker Paul Westermann in Freiburg i. Br. haben die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden.

Handbuch und Seifengeld. Es wird uns noch mitgeteilt (siehe Nr. 39), daß laut Umfrage in Breslau 41 Druckereien die Handbücher weiter liefern. Wo das nicht mehr der Fall ist, werden von zwei Firmen 50 Pf. im Monat dafür Entschädigung gewährt, eine zahlt wöchentlich 20 Pf., zwei 15 Pf., drei 10 Pf.; eine andere Firma gewährt für die Selbstlieferung von Handbuch und Seife wöchentlich 30 Pf. An Stelle von Seife liefern 26 Druckereien Ersatzmittel. Eine Firma gewährt 50 Pf. im Monat für die Selbstlieferung von Waschmitteln, eine 30 Pf., drei 15 Pf., wöchentlich und sechs nur 10 Pf. In Düsseldorf wird noch einer Firma 1 Mk. monatlich als Handbuch und Seifengeld gewährt, eine andere zahlt 30 Pf. wöchentlich dafür und nur für Seife eine weitere Druckerei 80 Pf. im Monat.

Eingegangene Zeitungen und Zeitschriften. Das Reichspostamt hat dem Vereine Deutscher Zeitungsverleger auf Anfrage im März mitgeteilt, daß seit Ausbruch des Krieges 3572 Blätter für Erchein einstellen. Bei 2042 (darunter 539 politischer Blätter) ist dies dauernd, bei 1530 (359) vorübergehend der Fall. Danach wären 898 Tageszeitungen und 2674 Zeitschriften, Fachzeitschriften usw. bis jetzt eingegangen. Was trotzdem 1765 (446) Neuzercheinungen zu verzeichnen sind, muß wundernehmen.

Steigerung des Bezugspreises um 200 Proz. Die „Kattowitzer Zeitung“ kostete vor dem Kriege 50 Pf. monatlich und hat jetzt den Abonnementspreis auf 1,50 Mk. erhöht. Das dürfte einzig dastehen, ist aber auch auf Konkurrenzlosigkeit im oberhessischen Industriebezirk zurückzuführen.

Gemeinwirtschaft oder freie Wirtschaft. Der Zentralverband des deutschen Großhandels (Bezirksgruppe Niederhessen) hat in einer Versammlung zu Hannover zu der bedeutungsvollen Frage Stellung genommen. Professor Dr. Oppenheim (Berlin) trat u. a. den pessimistischen Auffassungen über die durch den Weltkrieg erfolgte Schädigung des deutschen Nationalvermögens entgegen. Er sagte, die angemessene Schadenhöhe von 150 Milliarden oder der Hälfte des Nationalvermögens sei zu hoch, es käme vielmehr ein Ausfall von 60 bis 70 Milliarden in Frage, der in sechs bis sieben Jahren wieder beigeht sein könnte. Sehr viel ernster müsse der kommende Handelskrieg, der von Westen her drohe, genommen werden. Die Weltmächte würden mit unredlichen Waffen gegen deutsche Arbeit, deutschen Handel und deutsche Fabrikation vorgehen, was unsere wirtschaftliche Sorge im Angelegen des schlechtesten Bahntafandes und der Aussicht, auf Kriegsentwöhnung verzichten zu müssen, nicht verkleinere. Günstig sei nur ein Moment; nämlich, daß bei der herrschenden Fruchtarmut auf Jahre das Deutsche Reich das Durchgangsland für den Güterverkehr sein würde. Ein dunkler Punkt bleibe aber die Rohstoffversorgung, die mit der Gemeinwirtschaft aus der Welt geschafft werden solle, was jedoch ein Ding der Unmöglichkeit sei. Die Zukunft fordere, daß die Staatsbürger mehr arbeiten und weniger verbrauchen, zumal mit der in Aussicht stehenden Konjunkturfür große Höhe in Permanenz bestehen werden. In diesen Ausführungen liegt manches Wahre, doch ist in ihnen nicht dargelegt, wie bei den ständig weitererschreitenden Staatsausgaben, die doch die Kriegsschuldigenfürsorge und andere aufbauende und ausführende Maßnahmen zweifelsohne erfordern, in so kurzer Zeit und bei starker Schwächung der Arbeitskräfte und -hände das Nationalvermögen wieder

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingeliefern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 44 — Leipzig, den 16. April 1918

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Essen. (Bezirksversammlung vom 7. April.) Nach Erledigung einiger geschäftlicher Mitteilungen und nach Vollzug eines Ausschusses beschäftigte sich die Versammlung mit Anträgen zur Generalversammlung. Die Versammlung erhob eine finanzielle Besserstellung der Buchdruckergehilfen, da die tariflichen Löhne einschließlich der Feuerungszulagen den immer mehr steigenden Feuerungsverhältnissen nicht mehr genügen. Weiter verlangte die Versammlung Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sowie Erhöhung der Bezüge für die Invaliden unter gleichzeitiger Heraushebung des Verbandsbeitrags. Ferner wurde Erhöhung der Rückvergütung an die Gaue von 5 auf 8 Proz. beantragt. Die Gaukassen sind in kommandierender Zeit vor große Aufgaben gestellt und gebrauchen eine finanzielle Stärkung. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden nominiert die Kollegen Emil Albrecht (Köln) und Wilhelm Wiechen (Essen).

Esslingen. In der Versammlung am 8. April gedachte der Vorsitzende Rautenbach zunächst eines auf dem Schlachtfeld gefallenen Kollegen und fand dann anerkennende Worte für das Wirken um die Organisation des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böhm und des Kollegen Dreier. Die Versammlung erklärte sich hierauf mit der Zusammenlegung des Gauverbandes einverstanden. Nach eingehender Aussprache über die Verhältnisse, die durch die Eingemeindung verschiedener Orte nach Stuttgart sich ergeben haben und wodurch die Zehnkilometergrenze Esslingens um ein Bedeutendes näher gerückt ist, kam die Versammlung zu dem einstimmigen Beschluss, auf Gleichstellung mit Stuttgart in bezug auf den Lokalzuschlag hinzuwirken. Nachdem noch der Vertrauensmann Heinemann einen eingehenden Bericht über die letzte Stuttgarter Versammlung gegeben hatte und die derzeitigen Verhältnisse unter die Lupe genommen worden waren, fand nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten die von gutem Geiste getragene Versammlung ihren Abschluss.

Sch.-dt. Frankfurt a. M. Eine am 6. April abgehaltene Bezirksversammlung beschäftigte sich mit dem am 28. April geplanten Gaitag. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten wurden Anträge zum Gaitag angenommen, die die Wahl des ersten Gauvorsitzenden und die Erhöhung der Feuerungszulage des Gaukassierers betreffen. Zur Wahl als Gauvorsitzende wurden 16 Kollegen vorgeschlagen. Hierauf nahm die Versammlung Stellung zur Verbandsgeneralversammlung. Es wurden Anträge angenommen betreffend Erhöhung der Feuerungszulagen, Ausbau des Unterstützungswezens unter eventuellem Erhöhung des Beitrags, Auszahlung eines Teils des Sterbegeldes an die Angehörigen der gefallenen Mitglieder und Erhöhung der Entschädigung aus der Verbandskasse an die Gaue. Die Kollegen Braum, Hoffmann, Neus und Steiner wurden als Delegierte zur Generalversammlung in Vorschlag gebracht. Dem Gauvorstande wurden zwei Kollegen zur Aufnahme empfohlen. Ein Mitglied wurde wegen Retardierens der Beiträge ausgeschlossen.

Hannover. In diesem Jahre haben wir den seltenen Fall, daß sechs Kollegen ihr fünfzigjähriges Jubiläum feiern können. Es sind dies unser langjähriger Kreisvertreter Karl Rosenbruch aus Hannover, Geschäftsführer der Genossenschaftsdruckerei, welcher durch seine Teilnahme an den letzten Generalversammlungen vielen Mitgliedern bekannt sein dürfte; der Seher August Hochstadt (Hannover), beschäftigt bei der Firma Culemann, derselbe ist auch seit 40 Jahren aktives Mitglied der Lieberknecht „Typographia“; der Seher Hermann Kallermann (Hannover) bei J. C. König & Ehardt, war früher Diktant und erster Lieberknecht der „Typographia“; der Korrektor William Müller aus Passensen bei Hannover bei Gebr. Jänecke, Dichter des Liedes „Heil Gutenberg“; der Korrektor Fritz Rindner aus Hildburghausen, ebenfalls bei der Firma Gebr. Jänecke beschäftigt, sowie der Seher Gustav Wolff aus Esling, bei der Firma Joseph Grillner. Zur Ehrung der Jubilare findet am 20. April eine dem Zwecke der Zeit angemessene Feier im Abendslokale der „Typographia“, Neufelder Gesellschaftsraum, Kälberberger Straße, statt. Wir wollen wünschen, daß es den Jubilaren noch recht lange vergönnt sein möge, unser uns zu weihen, und daß ihnen ein sorgenloser Lebensabend nach den Wirren des Völkerringens beschieden sei!

Selbberg. In der Versammlung vom 6. April gelangten zunächst vier Neuausgewählte zur Aufnahme. Sodann wurde zur außerordentlichen Generalversammlung Stellung genommen und beschlossen, hierzu drei Anträge zu stellen, von denen der erste von der Generalversammlung Schrift zu materiellen Besserstellung der Gehilfen verlangt, der zweite die Befreiung der selbstbergen Unterstützungsätze winkelt und der dritte eine Erhöhung der den Gaue aus der Verbandskasse gewährten Entschädigung fordert. Im Anschluß hieran erfolgte die Aufstellung von sechs Delegiertenkandidaten. Die vorgeschlagene Änderung des Bezirksstatus wurde genehmigt, der Ausdruck

deselben jedoch auf bessere Seiten verschoben. Unter dem Punkte „Verschiedenes“ wurde das Ergebnis der diesjährigen Gehilfenprüfung, die recht schlecht ausfiel, mitgeteilt und beschlossen, an die hiesigen Prinzipale mit Vorschlägen bezüglich einer besseren Lehrlingsausbildung (wie in Nr. 38 des „Korr.“ treffend ausgeführt) heranzutreten. Auch die Art der Prüfung, in der u. a. glatter Satz nach Diktat gelehrt werden mußte, wurde kritisiert. (Ist allerdings auch ein ungewöhnliches Verfahren. Wenn darin vielleicht ein Prüffeld gesucht wird für die orthographische Beschlagenheit, so gäbe es wohl einen andern Weg, dies festzustellen. Red.) Den Schluß bildeten innere Angelegenheiten.

Köln. (Vierteljahrsbericht.) Inse beiden Mitgliederversammlungen des letzten Vierteljahrs mußten wiederum mit der Erung gefallener und geforbener Mitglieder eröffnet werden. Eingangs der Versammlung am 23. Februar hielt Kollege Emil Albrecht eine kurze, wirkungsvolle Gedächtnisrede für unsern verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böhm. Vor und nach dieser Gedächtnisrede sang unsere Gesangsabteilung „Typographia“ einen der Trauerfeier angepaßten Chor. Der Vorsitzende Müller gab bekannt, daß nunmehr auch eine gemeinsame Eingabe der Vertreter des Tarifgerichts und der Kreisvertreter an den Herrn Oberbürgermeister betreffs Anerkennung der Buchdrucker als Schwerarbeiter abschlägig beschieden sei. Nach diesem neuen Entschiede gelten für Köln nur Maschinenmeister, Maschinenlehrer, Stereotypsetzer und Schriftgießer als Schwerarbeiter. Nach Entgegennahme der Abrechnung vom vierten Vierteljahre 1917 folgte die Versammlung mit gespannter Aufmerksamkeit einen Vortrag des Pfarrers G. Fröh: „Soziale Streitfrage durch Belgien“. Es darf ausgesprochen werden: Der Kölner Ortsverein hatte es nicht zu bedauern, als erste freie Gewerkschaft Kölns einem Pfarrer Gelegenheit gegeben zu haben, in seiner Mitgliederversammlung zu reden! — In der Versammlung am 6. April gab der Vorsitzende bekannt, daß die am 1. April in Kraft getretene Erhöhung des Lokalzuschlags um 2 1/2 Proz. von mehreren Firmen als Anlaß zu allgemeinen Lohnzulagen benutzt wurde. Die Firma DuMont-Schauberg gewährte ihrem Personale zu Ostern eine einmalige Gabe von 50 Mk. und Gebr. Stollwerck brachten einen halben Monatslohn zur Auszahlung. Zur Generalversammlung wurde ein die Krankenunterstützung anders regelnder Antrag angenommen. Gleichzeitig fand einstimmige Annahme ein Antrag, wonach die Verwaltungskosten für die Gaue von 5 Proz. auf 8 Proz. erhöht werden sollen. Als Kandidaten zur Generalversammlung stellte die Versammlung die Kollegen Albrecht und Müller auf und hörte dann einen höchst zeitgemäßen und beifällig aufgenommenen Vortrag des Reichsstaatsangehörigen Meerfeld über den „Wiederaufbau Deutschlands“. — Als Anerkennung für 25jährige treue Mitgliedschaft wurde den Kollegen August Caspari und Wilhelm Specht ein künstlerisch hergestelltes Diplom überreicht.

Bezirk Kottbus. Die am 7. April stattfindende außerordentliche Bezirksversammlung, zu der auch unser stellvertretender Gauvorsitzer Reinke (Stettin) erschienen war, erfreute sich sehr guten Besuchs. Vertreten waren die Druckerei Kottbus, Spremberg, Forst i. d. L., Sorau, Lübbenau und Lübben. Eingeleitet wurde der Bezirksrat stimmungsvoll durch den Gesangsverein „Typographia“ (Kottbus). Während der Jahres- und der Kassenbericht debattelos erledigt wurden, zitierte ein Referat des Kollegen Urban über die tarifliche Lage im Bezirk eine lebhaftes Auspruch. Die hierauf folgenden Wahlen brachten die Wiederwahl des bisherigen Vorstandes. Ein großzügiges Referat des Kollegen Reinke über „Die Aufgaben zur Generalversammlung“ fand ungeteilten Beifall und aufmerksame Zuhörer. Zwei Anträge des Ortsvereins Kottbus, die die Gewährung einer Ehrengabe bis zur Hälfte des futuristischen Begräbnisgeldes an die Sinterbliebenen gefallener Mitglieder, ferner die Vereinfachung von Mitteln für die Kriegsbeschädigten (auch Staatszuschüsse) fordern, damit diesen eine unentgeltliche Ausbildung gewährt werden kann, fanden einstimmige Annahme, während ein dritter Antrag der Ablehnung verfiel. Die Versammlung war der Meinung, daß die Generalversammlung bei einer Aussprache über unsern Lokaltarif den Zeitumständen entsprechend die Erhöhung der Grundpositionen beantragen und die Feuerungszulagen festlegen möge. Unter „Verschiedenes“ kamen einige interne Angelegenheiten zur Sprache, die allgemeine Heiterkeit entzefelten.

Leipzig. Am 5. April nahmen die Leipziger Mitglieder Stellung zu der bevorstehenden Generalversammlung. Kollege Engelbrecht skizzierte deren voraussichtliches Arbeitsfeld. Die Frage der Tarifrevision oder Tarifveränderung würde eine hervorragende Rolle spielen. Der Gauvorstand halte eine Tarifrevision während der Kriegslage nicht für zweckentsprechend. Nach Lage der Dinge habe er sich für eine Tarifveränderung ausgesprochen unter der Voraussetzung, daß in eine Revision der Feuerungszulagen eingetrafen wird. Eine Aussprache über die gewerbliche Lage werde auch unser Verhältnis zu den Ungelernten und weiblichen Hilfskräften, die nur einen Vorkurs während der Kriegsdauer bilden sollen, berühren.

Eine Erhöhung der Unterstützungsätze lasse sich wahrscheinlich nur unter gleichzeitiger Erhöhung des Verbandsbeitrags rechtfertigen. Dies sei jedoch in Anbetracht der neuerdings in Kraft getretenen Erhöhung der Ortskrankenkassenbeiträge usw. ein sehr fragwürdiges Experiment. Auch sei noch gar nicht zu übersehen, was für finanzielle Anforderungen an die Organisation nach Beendigung des Krieges gestellt werden. Die gegenwärtig an die Gaue zu zahlenden 5 Proz. für Verwaltung der Kassengehälter des Verbandes seien völlig unzureichend, 8 Proz. müßten mindestens gewährt werden. In der sich anschließenden Diskussion forderte Kollege Bruchardt, daß Kollegen nach Würzburg delegiert werden, die ein festes Programm haben. Es müsse für ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeführt werden. Die Bevormundung der Mitglieder von oben müsse aufhören. Ebenso müsse Stellung genommen werden gegen die geplante Anstellung der Gaubeamten durch den Verband. Auch die Neutralität des „Korr.“ sei nicht einwandfrei. Wenn wir einmal neutral sein wollen, müssen wir es „bis auf die Knochen“ sein, sonst würden diejenigen, die anderer politischer Auffassung sind, auch die Gewerkschaftsversammlungen zum Austrag ihrer entgegengesetzten politischen Auffassung benutzen. Die Hilfskräfte, die jetzt in unsern Beruf eingebracht sind, würden wir auch nach dem Kriege nicht wieder los werden. Deshalb sei es Pflicht, diese Mitarbeiter in die Organisation aufzunehmen. Auch verlange er, daß diese Kräfte genau so nach dem Tarif entlohnt werden wie die Gehilfen. Die Stellungnahme der Generalkommission und des Verbandes zum Bund für Freiheit und Vaterland sowie die Angelegenheit des Hilfsdienstgesetzes gehörten auch vor das Forum der Generalversammlung. In der Frage des größeren Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder sei zwar ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen, indem eine Generalversammlung beschloß, daß auf den Gauvorsitzerkonferenzen die größeren Gaue durch zwei Delegierte vertreten werden können. Den zweiten Delegierten dürfe aber nicht, wie dies jetzt der Fall, der Gauvorstand stellen, sondern er müsse aus der Mitte der Kollegen gewählt werden. Zunächst erwiderte Kollege Engelbrecht auf diese Ausführungen: Delegationen mit gebundenem Mandat würden zweifellos von der Generalversammlung nicht anerkannt werden. Die gewählten Vertreter haben das anertraute Mandat nach ihrem Gewissen und auf Grund ihrer Intelligenz auszuüben. Daß die Mitglieder von oben Bevormundet würden, müsse Bruchardt erst an konkreteren Fällen nachweisen, dann erst lasse sich über diesen Punkt diskutieren. Praktisch wäre das Verlangen Bruchards bezüglich der Befreiung der Gauvorsitzerkonferenzen gar nicht durchführbar. Er verkenne vollständig das Wesen dieser Konferenzen. Es liege auch keine Ursache vor, das Wirken der Generalkommission und des Verbandsvorstandes auf der Würzburger Tagung nicht zu behandeln. Deshalb bringe der Gauvorstand den Antrag ein, als besonderen Tagesordnungspunkt unter Verhältnis zur Generalkommission auf der Generalversammlung zu behandeln. Dadurch werde den Mitgliedern Gelegenheit gegeben, an Hand des Protokolls sich selbst zu überzeugen, inwieweit die Angriffe auf genannte Instanzen berechtigt seien oder nicht. Kollege Bogentz machte besonders darauf aufmerksam, daß die Generalversammlung über die Wahl des ersten Vorsitzenden zu entscheiden habe. Der erprobte Steuermann des Verbandsschiffes, der durch den Tod aberufen wurde, müsse nach Möglichkeit durch einen gleichwertigen Kollegen ersetzt werden. Bezüglich der Lohnabstände, wie sie durch Nichtgewährung der Feuerungszulagen an die Kriegshilfskräfte zum Ausdruck kommen, sehe Redner auch eine gewisse Gefahr für die Gehilfenhaft. Mit der Politik der Generalkommission erklärte sich Bogentz einverstanden, zumal er vor kurzen Gelegenheit hatte, die Ausführungen Reglers über die Arbeit der Generalkommission während der Kriegszeit zu hören. Als Beweis dafür, wie die Mitglieder von oben bevormundet werden, führte sodann Kollege Bruchardt an: Er sei nach Zeit zu einer Versammlung als Referent bestimmt worden, und zwar vom dortigen Vorstand. In dieser Versammlung sei der Gauvorsitzer König (Kalle) erschienen und habe ihn (Bruchardt) aufgefordert, zu erklären, ob er auf dem Boden des Verbandstatuts stehe, während König dem Zeiter Vorsitzenden mit Ausschluß gedroht habe. Dies sei doch eine Bevormundung der Mitglieder. Kollege Engelbrecht erwiderte hierauf, daß die Sache in Zeit sich doch etwas anders ausgefallen habe, als Bruchardt dies hinzustellen bestrebe. Der Zeiter Vorsitzende habe sich nachweisbar um einen Referenten bemüht, der unsere Organisation kritisch beleuchten solle. Die Annahme dieses Referenten wurde von der Zugehörigkeit zu einer bestimmten politischen Parteiabhängig gemacht! Nach dieser Sachlage sei die Darstellung Bruchards wohl eine sehr einseitige und nicht zureichende. Kollege Mollau gab zu bedenken, daß die Frage der im Beruf tätigen Weiblichen unter dem Gesichtswinkel des durch den Krieg geschaffenen Ausnahmestandes zu betrachten sei. Eine völlige tarifliche Gleichstellung (auch hinsichtlich der Feuerungszulagen) sowie die Frage der Zugehörigkeit zum Verbandsstatut sei erst dann diskutabel, wenn wieder eintgermaßen normale Zustände im Gewerbe vorhanden seien. Die Befreiungen Bruchards, daß die Gauvorsitzer statt wie bisher durch

die Gawe zukünftig durch den Verband angefordert werden, halte Redner für gegenstandslos. Dagegen bestrich er eindringlich, daß sich die Generalversammlung mit der Tätigkeit der Generalkommission beschäftige. Es sei bedauerlich, daß über deren Arbeiten häufig recht wenig Klarheit in den Kreisen der Arbeiterschaft bestehe. Wenn u. a. die Fassung der Generalkommission zum Hilfsdienstgesetz angegriffen werde, so wolle er nur darauf hinweisen, daß verschiedentlich in den auf Grund des Gesetzes erteilten Ausschüssen Arbeitervertreter sitzen, die sich sonst nicht scheuen, die Mitwirkung beim Zustandekommen bzw. der Verbesserung des Gesetzes als Berater an der Arbeiterschaft zu bezeichnen. Wenn solche Leute ihre eigene Tätigkeit damit entschuldigen, daß sie nach Möglichkeit mit befragen wollen, die zweifellos im Gesetze vorhandenen Härten zu mildern, so sollten sie dieselben Motive auch für diejenigen gelten lassen, die das in seiner ursprünglichen Fassung drakonisch wirkende Gesetz einigermassen erträglich gestaltet. Redner wendete sich dann auch gegen die abschließende Beurteilung des Bundes für Vaterland und Freiheit. Er wies darauf hin, daß für die Durchsetzung verschiedener Gesetzesvorlagen (Arbeitskassentiere, Abschaffung des § 153 der Gewerbeordnung usw.) eine möglichst breite Grundlage auch in bisher weniger für solche soziale Fragen interessierten Kreisen geschaffen werden müsse. Kollege Krahl führte in zweimaligen Ausführungen zusammenfassend aus: Für eine regelrechte Tarifrevision werde sich die Würzburger Tagung nicht entscheiden können, es würde wieder ein Notbehelf geschaffen werden müssen, bis die Verhältnisse einigermassen geklärt seien; der Verband könne deshalb ja auch keine Revision der Tarifbestimmungen beschließen usw. vornehmen. Der Notbehelf in tariflicher Beziehung müsse aber vor allem einen besseren Ausgleich zu der wahren Lohnsetzung bringen. Weiter würde man in Würzburg für die spätere Tarifrevision Vorarbeit prinzipieller Natur leisten müssen, und zwar hinsichtlich der Einigung der Faktoren, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in die Tarifgemeinschaft. Bruchardt (Staden) sei die Aufnahme der weiblichen Erbschaftskräfte in den Verband. Im Interesse der Gehilfen und namentlich dem der Feldarbeiter wäre er da anderer Meinung. Es müsse unbedingt bei der von den Prinzipalen eingegangenen Verpflichtung bleiben, daß, sobald wieder genügend Gehilfen da wären, der Erlass zu verschwinden habe. Man dürfe doch nicht ändern Absichten entgegenkommen! In den übrigen Gewerben, wo Massen weiblicher Arbeiter vorhanden seien, für deren Arbeitsverhältnis keine tarifliche Grundlage gegeben sei, wäre die Frage der Organisierung ja anders zu beurteilen. Wenn in Berlin, wie er mitteilen könne, seit dem vorigen Jahr ein Verein der Buchdruckerinnen bestesse, so sei dagegen nichts einzuwenden. Den darin sich ausdrückenden Bestrebungen müßten wir wohlwollend gegenüberstehen, denn sonst würden in Prinzipalkreisen noch nicht ganz aufgegebene Absichten Förderung finden. Zwischen diesem Standpunkt und dem, was Bruchardt wolle, bestehe aber ein wesentlicher Unterschied. Von der geplanten Anstellung der Gawebeamten wisse er nicht das geringste. Die Bewandlung, unter Verband gehöre dem Volksbund an und es fänden Organisationsgelder für diesen Verwendung, sei ganz falsch; Kollege Döblin wäre nur für seine Person Mitglied gewesen. Von einer Neutralitätsverletzung könne also keine Rede sein. Er selbst halte auf übertriebene Neutralität in „Korr.“; wenn das nicht wäre, hätte sich auch der unselbstige parteipolitische Streit in unsere Reihen übertragen. Sofern man sich aber in unsere Angelegenheiten mische und wenn, wie von Stuttgart ausgehend, durch die abgeplattete sozialdemokratische Richtung der Versuch einer Spertung der Gewerkschaften gemacht worden sei, dann müsse, wie gefahren, in aller Schärfe dagegen Front gemacht werden. Der eine kleine Fall, den Kollege Bruchardt für die nicht genügende Wahrung der Neutralität durch den „Korr.“ vorgebracht habe, werde erst durch Ursache und Zusammenhang, erkläre, Bruchardt sei jedoch von dem Tugendpfade der gewerkschaftlichen Neutralität bedenklich abgewichen unter den Umständen, wie er nach Zeit gegangen sei. Man dürfe für eine Verbandsversammlung nicht ein Referat unter einem bestimmten parteipolitischen Etikett annehmen, sondern lediglich als Verbandsmitglied; andernfalls sei das nicht „neutral bis auf die Knochen“. Wenn Bruchardt jüngst die Ausführungen des Berliner Metallarbeitervorsitzenden Cohen in einer Versammlung der Leipziger Gewerkschaftsfunktionäre gehört haben würde, wie die Einrichtungen des Hilfsdienstgesetzes vornehmlich den Metallarbeitern und den Sandlungsgehilfen nützen, würde er anders urteilen. Krahl wandte sich noch gegen den im Laufe der Diskussion eingebrachten Antrag betreffs Aussprache über unser Verhältnis zur Generalkommission. Dazu werde es in Würzburg sowieso kommen; draußen könnte man aber so vielleicht von der Leipziger Mitgliedschaft den Eindruck gewinnen, als seien wir hier nur auch von dem bekannten Leipziger Milieu angeleitet worden. Nachdem Kollege Göhe betreffs Beschlüsse der Gaworkführerkonferenzen im Sinne Engelbrechts gesprochen, Kollege Bruchardt noch eine persönliche Erklärung abgegeben, wurden folgende Anträge zur Generalversammlung angenommen: 1. Erhöhung der Entschädigung an die Gawe von 5 auf 8 Proz.; 2. Das Verhältnis des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zu der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Als Kandidaten zur Verbandsgeneralversammlung wurden zum Schluß aufgestellt die Kollegen Bleichschmidt, Bruchardt, Reinhardt, Engelbrecht, Bochmann, Mlaw, Römer und Bogensh.

Mannheim. Am 18. April feiert unser Kollege, der Faktor Vinzenz Mecher, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Kollege Mecher trat im Jahre 1879 dem Verbande bei. Seit dem Jahre 1890 steht er hier in Mannheim in Konfession und kann im Oktober d. J. auf eine

25jährige Tätigkeit bei der Firma Johann Gremm („Neues Mannheimer Volksblatt“) zurückblicken.

h. München. Die außerordentliche Generalversammlung vom 6. April war sehr stark besucht. Nach der üblichen Ehrung dreier am Orte verstorbenen und eines auf dem Schlachtfelde gefallenen Kollegen wurden fünf Neuaufnahmen vollzogen. Dann wurde in die Beratung der zur Verbandsgeneralversammlung eingegangenen Anträge eingetreten. Ein aus dem Mitgliederkreise gestellter Antrag, den Tarif nicht weiter zu verlängern, sondern einen der Zeit entsprechenden neuen abzuschließen, zeitigte in der Diskussion weitere Wünsche, vor allem in bezug auf Forderungen materieller Natur, da die Buchdrucker unter der Not mehr zu leiden hätten als andere Arbeitergruppen, weil diese höher bezahlt werden. Schließlich wurden diese Anträge zurückgezogen zugunsten eines vom Ortsvorstande gestellten und dann einstimmig angenommenen Antrages, der besagt, daß die bisherigen Steuerzulagen jetzt nicht mehr ernstlich einen Ausgleich bilden für die enorme Verteuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel. Deshalb erwiese sich eine durchgreifende Revision des Tarifs als dringend notwendig. Die Krankenkasse zeige allerorts, daß auch hinsichtlich der Arbeitszeit Reformen erforderlich seien. Eine Tarifverlängerung könne nur zugestimmt werden, wenn eine bedeutende Erhöhung der jetzigen Steuerzulagen in aller Billde erfolgt. Drei weitere Anträge des Ortsvorstandes wurden ebenfalls einstimmig angenommen. Der erste verlangt eine durchgreifende Beratung aller während des Krieges ergangenen Erlasse und Verordnungen fakturischer Art, um Härten zu vermeiden, namentlich gegenüber den alten Mitgliedern. Der zweite wünscht von dem Verbandsvorstand eine weitere Entlastung der größeren Orte und Gawe von den durch die Kriegshilfe bedingten finanziellen Anforderungen. Der dritte bezweckt Übernahme der von den Gauen gewährten Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung auf die Verbandskasse. Zwei weitere Anträge aus den Mitgliederkreisen, fakturischer Natur und das „Korr.“-Obligatorium betreffend, wurden abgelehnt. Als Kandidaten für die Generalversammlung wurden aufgestellt die Kollegen Friederichs, Michler, Schiffer, Seiß und Söldner.

S-g. Plauen i. V. Die Aprilversammlung hatte guten Besuch zu verzeichnen. Sieben neuausgewählte Kollegen wurden aufgenommen und vom Vorsitzenden ernannt, tüchtige Verbandsmitglieder zu werden. Eine lebhafte Aussprache veranlaßte der Tagesordnungspunkt: „Stellung von Anträgen zur Generalversammlung“. Hierzu wurde ein Antrag, auf eine materielle Besserstellung der Gehilfenchaft hinzuwirken, einstimmig angenommen. Die Erhöhung des Lokalzuschlages für unsre Stadt von 15 auf 17 1/2 Proz. wurde glatt zur Einführung gebracht. Von verschiedenen Rednern wurde bedauert, daß diese geringfügige Erhöhung nur für die Minimumlöhne gelte; für viele Gehilfen sei dies kein Ansporn, zur Entlohnung über das Minimum zu streben, wenn bei tariflichen Erhöhungen diese Kollegen dann unberücksichtigt blieben. Auch würde es als unregelmäßig empfunden, daß die volle Steuerzulage nicht gezahlt zu werden braucht. Doppelt fühlbar für uns, da Plauen eines der fernsten Pläster im ganzen sieben Baderland ist. Eine solches Zweierlei von tariflicher Bezahlung für Städte mit gleichen Lokalzuschlägen hätte vermieden werden sollen, denn zu einer Zeit der größten Geldentwertung hätten diese paar Pfennige Lohnerhöhung für die Unternehmer keine allzu große Gelpieß. — Kollege Max Rudowsky beging sein 25jähriges Verbandsjubiläum; ein hübsches Geschenk wurde ihm überreicht. Weiter gelangten nach verschiedenen Eingängen und zahlreiche Grüße aus dem Felde zur Bekanntgabe.

Stuttgart. Die am 8. April abgehaltene, zahlreich besuchte Mitgliedschaftsversammlung nahm nach Ehrung eines verstorbenen Kollegen verschiedene Mitteilungen des Vorstandes entgegen und stimmte der Anregung deselben zu, das Gedächtnis Johann Gutenbergs am Nachmittage des 29. Juni in kriegerischer Weise zu begehen. Der Gaworstand wurde auch in diesem Jahre beauftragt, zugleich die Geschäfte der Mitgliedschaft zu führen und die Kommission für das Internationale Buchdruckersekretariat zu bilden. Die Ausstellung von Kandidaten zur Generalversammlung in Würzburg fand rasche Erledigung, es wurde zu reger Wahlbeteiligung aufgefordert. Nach Neuordnung der Unterklassengänge und Beitragsleistung leitete der Ortsanwärtler die Vertreter in der Krankenkasse, Kollege Bonz, eingehende Erläuterungen, die in lebhafter Diskussion mancherlei Wünsche und Beschwerden zutage trafen und als Material unsern Vertretern im Ausschusse der Kasse übergeben wurden.

Lt. Elm-Neumün. Am 6. April abgehaltene Monatsversammlung war gut besucht. Vorsitzender Liebrandt gedachte in warmen Worten der großen Verdienste des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Döblin sowie eines gefallenen Kollegen. Dann gab der Vorsitzende bekannt, daß eine hiesige Druckerei eine Seherin eingestellt, aber die Genehmigung vom Tarifamte dazu nicht eingeholt habe. Wegen ungenügender Begründung wurde dieselbe abgewiesen. Nach Bericht der Druckereivertrauensleute wurde der erhöhte Lokalzuschlag von 10 auf 12 1/2 Proz. sowie die erhöhte Steuerzulage anstandslos ausgesprochen. Die demnach Auslernenden waren eingeladen, um dieselben in die Mitgliedschaft einzuführen. Die in einer hiesigen Druckerei eingeführte Durcharbeitzeit wurde wieder aufgehoben. Der vom Kassierer Glasbrenner vorgelegene Jahresbericht der Ortskasse wurde genehmigt; trotz größerer Ausgaben ein guter Abschluß. Zur Generalversammlung in Würzburg wurde eine Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung beantragt, selbst auf die Gefahr, daß der Beitrag erhöht werden müsse. Im übrigen schloß man sich den Beschlüssen der Mitgliedschaft

Stuttgart an. Die Wiederwahl des gesamten Gaworstandes wurde aufgehoben.

Wiesbaden. Die Ortsvereinsversammlung am 6. April hatte sich guten Besuchs zu erfreuen. Der Vorsitzende Lippold stellte mit, daß die Verhandlungen mit dem Magistrat betreffs Anerkennung der Buchdrucker als Schwerarbeiter nicht den gewünschten Erfolg hatten. Während für die allgemeinen Buchdrucker (als Minder-schwerarbeiter) ab und zu eine Lebensmittellage erfolgt, sind die Maschinenleger als Schwerarbeiter anerkannt und erhalten eine wöchentliche Zulage. Die Anwendungsbestimmung in der Bekanntmachung des Tarifamts vom 29. Dezember 1917 über die Einführung der Lokalzuschlagsänderung von 2 1/2 Proz. wurde einer scharfen Kritik unterzogen; es kann die hiesige Mitgliedschaft nicht verstehen, wie diese Bestimmung möglich war. Nur drei Betriebe hatten diese Lokalzuschlagsänderung allen Kollegen zuteil werden lassen. Bei der Stellungnahme zur Generalversammlung wurden zwei Anträge angenommen und dem Verbandsvorstand überreicht. Als Kandidat für Wiesbaden wurde Kollege Lippold bestimmt.

Würzburg. (Mitglieder der versammlung vom 6. April.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken eines verstorbenen Kollegen geehrt. Nach Aufnahme eines Kollegen erstatteten die Vertrauensleute der einzelnen Betriebe Bericht über die erfolgte Einführung des erhöhten Lokalzuschlages nebst Steuerzulage. Hieraus war zu entnehmen, daß mit wenigen Ausnahmen auch die notwendigen Steuerzulagen Anrechnung fanden, so daß der Ausgleich andern Drien gegenüber gegeben ist. Mit gutem Beispiele gingen hier die größeren Druckereien voran. Zur Generalversammlung wurde ein Antrag eingebracht, der besagt, daß den infolge körperlicher Gebrechen zum Reisen unfähigen Kollegen die Reiseunterstützung am Orte weiterbezahlt wird. Von weiteren Anträgen, die Lohnfrage betreffend, die auf der Generalversammlung wohl einen breiten Raum einnehmen dürfte, sah die Versammlung ab. Als Kandidaten zur Generalversammlung wurden der Vorsitzende Kemmerich und der Gaworkführer Seiß aufgestellt. Auf Antrag des Ausschusses wurde ein Darlehen von 1000 Mk. an das hiesige Gewerkschaftskartell genehmigt. Ferner wurde beschlossen, einen Teil unfres Ortsvorsitzenden in guten Wertpapieren anzulegen.

Seiß. Eine am 3. April tagende Mitgliedschaftsversammlung beschäftigte sich nach Ehrung des verstorbenen Kollegen Döblin und Erledigung eines Aufnahmegehuches mit dem bevorstehenden Gawe sowie mit der Verbandsgeneralversammlung. Für letztere Tagung wurden zwei Anträge gestellt: 1. neben den Steuerzulagen eine Erhöhung unter Minimallohnlöhne anzustreben, 2. Sterbegeld für im Kriege gefallene oder verstorbene, bis zu ihrer Einberufung bezugsberechtigte Mitglieder. Einem Beschlusse des Ortsvereins Weihenfels, neben dem Gaworkführer König auch den Bezirksleiter Drecher (Seiß) als Kandidaten für die Verbandsgeneralversammlung aufzustellen, wurde begetreten. Für den Gawe wurden Centralanträge in Bezirksangelegenheiten gestellt. Als Delegierter zum Gawe kandidierte für unsern Bezirk Kollege A. Schröder (Weihenfels). Diese Kandidatur soll unterstützt werden bei Verzicht auf weitere Aufstellungen. Den Schluß der Versammlung bildeten Hinweise bei Lehrlings-einstellungen und sonstige interne Angelegenheiten.

Sitzau. (Bierfeldersbericht.) Dem Aufrufe des Verbandsvorstandes, Stellung zur Papiernot zu nehmen, kamen wir insofern nach, als sich ein Teil unser Mitglieder zu der am 15. Januar anberaumten Profeterversammlung einfand. — In der am 20. Januar abgehaltenen Generalversammlung gab der Vorsitzende Baur einen kurzen Rückblick auf das verlossene Jahr. Sodann erstattete Kassierer Brunck den Kassenbericht. Der Vorstand wurde wiedergewählt. Neu besetzt wurde das Amt des Schriftführers. — Am 7. April fand eine Bezirksversammlung statt. Vertreten waren die Orte Neugersdorf und Grohshönu. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende in ehrenden Worten unfres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Döblin. Es wurden weiter zwei Aufnahmegehuche erledigt. Anträge zur Generalversammlung wurden nicht gestellt.

fte. Zwickau. War auch der zahlreiche Besuch der Versammlung am 6. April zum großen Teil auf das Konto des Tagesordnungspunktes: „Die Durchführung des neuen Lokalzuschlages und Steuerzulagen“, zu setzen, so hat doch auch sicher die Ehrung des Kollegen Ramersdorfer anlässlich seines 50jährigen Berufsjubiläums hierzu wesentlich beigetragen. In Zwickau erhöhte sich am 1. April der Lokalzuschlag von 10 auf 12 1/2 Proz. Durch diese 2 1/2-prozentige Erhöhung des Lokalzuschlages rückt unser Ort in eine höhere Steuerzulagenklasse, nach welcher ein jeder Gehilfe noch 2 Mk. Steuerzulage zu beanspruchen hat. Laut Bekanntmachung des Tarifamts kommen aber nicht 2 Mk., sondern nur 1 Mk. pro Woche in Frage. Über diese Neuordnung der gewährten Zulagen, wonach jetzt zweierlei Lohnsätze mit gleichem Lokalzuschlag geschaffen worden sind, herrsche ausnahmslos große Unzufriedenheit. Derartige gerabzu unerfindliche Beschlüsse müssen auf die Einseitigkeit des Tarifs hindern einwirken und bedürfen daher dringend einer Revision. Aus diesem Grunde trat man einstimmig dem Beschlusse bei, beim Tarifamt und beim Verbandsvorstande Protest zu erheben. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß einige Prinzipale dem Personal insofern Verständnis entgegengebracht haben, als sie sich auf die in der „Beischrift“ veröffentlichte Tabelle küßten, nach welcher für hier nicht nur 1 Mk., sondern 2 Mk. in Betracht kommen. In Erledigung der übrigen Tagesordnungspunkte ehrte sodann der Vorsitzende in einer längeren Ansprache die Verdienste des Berufsjubilars Ramersdorfer und überreichte ihm im Namen der Mitgliedschaft ein Geschenk, wofür der Jubilar dankte.